

## 6 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

# Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

### über die Gesetzesvorlage (5 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Cyber-Mobbing-Gesetz)

„Mobbing“ bezeichnet das systematische Beleidigen, Bedrohen, Belästigen, Bloßstellen, Fertigmachen oder absichtliche Ausgrenzen einer Person. Durch die große Verbreitung von Internet und Handy findet es zusätzlich im „virtuellen Raum“ statt. Hier will die Bundesregierung mit einer Reform des Strafrechts neue Handlungsmöglichkeiten schaffen.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 28. November 2014 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Ausschusssitzung haben die Klubs ihre Positionen zum Gesetzentwurf dargelegt. Grundsätzlich befürworteten alle die Reform. **Türkis** regte an, über strengere Strafen nachzudenken. **Gelb** wies auf die Bedeutung weiterer Maßnahmen, etwa die spezielle Ausbildung von PolizistInnen oder Therapien für TäterInnen hin. **Weiß** berichtete von Gesprächen mit Experten und betonte, dass die Verwirklichung des Tatbestands nicht davon abhängig gemacht werden dürfe, dass die Tat über einen längeren Zeitraum erfolgt. An dieser Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Marko **Marjanovic**, Adem **Oman**, Theresa **Zdouc**, Alina **Feistritzer** und Anna **Sterz**.

Im zweiten Teil der Ausschusssitzung haben die Abgeordneten Douglas **Orsini-Rosenberg** (Türkis) und Tristan **Malle** (Weiß) einen Abänderungsantrag eingebracht, mit dem der Tatbestand genauer gefasst und um Beispiele ergänzt wurde. Weiters wurde vorgeschlagen, die erstmalige Tat durch einen Jugendlichen nicht zu bestrafen. Stattdessen soll Sozialarbeit bis zu 250 Stunden geleistet werden. Schließlich wurde vorgeschlagen, das Strafmaß für den Fall, dass eine Tat den Selbstmord, Selbstmordversuch oder die Selbstverletzung zur Folge hat, auf neun Jahre zu erhöhen. Die Abgeordneten Theresa **Zdouc** (Gelb) und Alina **Feistritzer** (Violett) haben einen weiteren Abänderungsantrag eingebracht mit dem ein allgemeiner Mobbing-Tatbestand eingeführt und die Strafen angepasst werden sollten. In der Debatte über beide Anträge haben sich die Abgeordneten Tristan **Malle**, Douglas **Orsini-Rosenberg**, Anna **Sterz**, Alina **Feistritzer**, Patrick **Beclin**, Janine **Plank** und Adem **Oman** zu Wort gemeldet.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oben genannten Abänderungsantrages der Abgeordneten Douglas **Orsini-Rosenberg** (Türkis) und Tristan **Malle** (Weiß) mit Stimmenmehrheit (**dafür**: W, T, **dagegen**: G, V) beschlossen.

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Janine **Plank** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2014 11 28

**Janine Plank**  
Berichterstatterin

**Mag.<sup>a</sup> Julia Dörfel**  
Stv. Obfrau